# Beschluss der Mitgliedervollversammlung am 22.11.2023

Oft bestehen für die BUNDjugend Berlin als Jugendorganisation große Hürden, politische Prozesse mitzubestimmen und die eigenen Anliegen gegenüber Politiker*innen stark zu machen. Kontakte mit Parteijugenden gestalten sich dort häufig um ein Vielfaches einfacher, da ihre Vertreter*innen, die ebenfalls in wichtigen Gremien und Ausschüssen sitzen, eine gemeinsame Lebensrealität teilen und häufig proaktiv den Kontakt zur BUNDjugend Berlin suchen. Die BUNDjugend Berlin versteht aus diesem Grund Kontakte mit Parteijugenden als Möglichkeit der politischen Lobbyarbeit und als Chance, Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen und die eigene Perspektive und die Anliegen junger Menschen in diesen stark zu machen. Dabei geht es an keiner Stelle um eine Anbiederung oder eine Vereinnahmung durch politische Parteiprogramme. Klar ist: Wir verstehen uns nicht als langer Arm von Parteien und ihren Jugendorganisationen, sondern wahren stets unsere kritische Perspektive und unsere Unabhängigkeit. Damit hängt auch zusammen, dass wir nicht nur mit einzelnen Parteijugenden dauerhaft zusammenarbeiten, sondern den Kontakt mit allen Parteijugenden, welche die freiheitlich demokratische Grundordnung achten, gleichermaßen suchen. Kooperationen, Anfragen und die Zusammenarbeit mit Parteijugenden, welche rassistische, antisemitische, antidemokratische oder menschenverachtende Positionen vertreten, lehnen wir strikt und ohne Kompromisse ab. Die endgültige Einschätzung genannter Positionen obliegt dem Landesvorstand, der ggf. unter Zuhilfenahme externer Quellen oder Beratung durch Organisationen, welche betroffene Personen repräsentieren, zu einer Entscheidung kommt.

Im Einzelfall sollten folgende Aspekte vor der Beantwortung einer Anfrage durch den Landesvorstand geprüft werden. Ebenfalls berät der Landesvorstand Mitglieder der BUNDjugend nach diesen Aspekten, bevor sie eine Veranstaltung oder Kooperation mit einer Parteijugend organisieren.

- Was ist das Ziel der Anfrage oder Veranstaltung? Ist die Anfrage oder die Veranstaltung mit unseren Zielen und Prinzipien in Einklang zu bringen?
- Sind die Themen, um die es geht, für uns relevant? Haben wir zu den Themen etwas zu sagen?
- Welchen Mehrwert können wir aus der Veranstaltung/der Anfrage ziehen? Haben wir wirklich die Möglichkeit, unsere Positionen zu platzieren oder besteht die Gefahr, dass wir nur zum Zwecke des Greenwashings o.ä. vereinnahmt werden?
- Wie ist die Außendarstellung? Können wir auch in der Außendarstellung unsere kritische Position und Perspektive wahren?

Der Landesvorstand wird damit beauftragt, bis zur nächsten Mitgliedervollversammlung einen Workshop zum Thema Lobbyarbeit zu organisieren, sodass die Mitglieder des Vorstandes, aber auch andere Aktive der BUNDjugend Berlin besser in der Lage sind, die eigenen Positionen und Forderungen im Kontakt mit Politiker*innen und Parteijugenden zu platzieren und stark zu machen.